

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Beizeile 20 Bsp.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 161.

Freitag, den 12. Juli 1918.

75. Jahrgang.

Staatsbejahung.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Das Schwergewicht unserer auswärtigen Politik, die über Deutschlands Weltstellung entscheidet, liegt beim deutschen Reichstag. Es pendelt nur gelegentlich nach Preußen über, zur Unterstützung innerpolitischer Reformwünsche, die in Preußens Landtag viel umstritten werden und deren Lösung in diesem oder jenem Sinne auch die innere Politik der übrigen Bundesstaaten mehr oder minder beeinflussen muß. Der Kampf um die Reformen in Preußen ist daher nicht lediglich eine rein preussische, sondern eine allgemein deutsche Angelegenheit. Wohl entscheidet Preußen allein über sein Geschick, aber die übrigen Bundesstaaten sind in diesem Falle nicht unparteiliche Zeugen. Im Zeitalter der Massenwirkungen wird Preußens Politik daher stärker als früher eine Politik zu treiben haben, die die Massen zum Staate in ein inniges Verhältnis bringt, sie zum Staate erzieht. Der Staat, sagte mit Recht im preussischen Herrenhaus ein Mann, der die breiten Volksmassen kennt, der Gewerkschaftssekretär Stegerwald, muß so gestaltet werden, daß er von den breiten Massen gestützt wird, damit eine allgemeine staatsbejahende Atmosphäre geschaffen wird.

Staatsbejahung! Das ist die Kernfrage der preussischen Reformpolitik. Wird die Wahlreform, über deren Schicksal jetzt das Herrenhaus entscheidet, die Massenbereitschaft bringen, die allüberall noch unkräfte und wandelbare Augenblindsregierungen schuf — worunter Volk und Nacht litten — oder wird sie Preußens Eigenart wahren und auf das gute Alte blühen- und fruchtbringendes Neues bringen? Selbst das neue Wahlrecht ist ungefährlich, sofern es von Massen ausgeht, die sich ihrer Pflicht als Staatsbürger bewußt sind und dem Staatsinteresse, dem Allgemeinwohl, persönliche Belange aufzuopfern geneigt sind. Staatsbürger, Mitglied einer freien Volksgemeinschaft sein wollen, hat zur Voraussetzung den Willen jedes einzelnen, den starken Staat zu bejahen. Sonst birgt jede politische Reform die Gefahr, daß auf gute Sammler gute Berstreuer folgen und durch die Arbeit von Menschen geschlehtern aufgeschichtete wirtschaftliche und politische Kraft bald vertan wird.

In einer klugen Rede gab am Dienstag Graf Solabowitsch, weiland der Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik, das Für und Wider eines solchen Bruches mit der bisherigen Politik. Von einer höheren Werte betrachtet als der eines Parteiführers, der um die Machtstellung seiner Partei ringt, kennzeichnet sich der Schritt der preussischen Regierung in der Wahlrechtsvorlage als ein Vertrauen in den staatsbejahenden Sinn des Volkes. Seit der Einführung des jetzt bestehenden Wahlrechts sind so große wirtschaftliche und politische Verschiebungen in Preußen eingetreten, daß das politische Instrument dagegen veraltet erscheint, zumal nicht neue Seiten ausgezogen wurden und alle Veruche, die Volksvertretung mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen, scheiterten. Dieser Mißklang wurde von Jahr zu Jahr schriller. Preußen, der Agrarstaat von ehemals, ward mehr und mehr Industrie- und Handelsstaat. Und mit naturgesetzlicher Entwicklung brachte dies eine Umkehrung aller geistigen Werte. Die veränderte Wirtschaftsform stürzte nicht nur die überkommene Ordnung, sondern ließ einen neuen Mittelstand, eine neue Arbeiterschaft, entstehen, die auch geistig schwer rang und, wie das stets bei solchen inneren Veränderungen in einem Staate ist, zunächst ihre wirtschaftliche und politische Stellung im Kampf gegen den Staat zu gründen veruchte. Erst der Krieg brachte hier den Umschwung. Die Wohlfahrt der Massen hat keine Wurzeln außer in einem gelunden und nach außen hin starken Staat. Dieser Weg der Erkenntnis ist gefunden, zwar verfuhr alte Verneinungslust und die Furcht vor Verantwortlichkeit noch häufig zu Seitenprüngen, aber der Arbeiter hat heute ein ganz anderes inneres Verhältnis zum preussischen Staatsgedanken als vor zwanzig oder dreißig Jahren oder selbst noch vor Ausbruch des Krieges. Dieser Weltbrand zwang alle Glieder in den Bann des Volksstaates, und selbst der härteste Gegner jeder Reform kann nicht mehr die gleichen Gründe gegen ihn anführen, wie er sie einst gegen das Reformwerk eines Stein und Hardenberg in die Wagschale warf.

Auch damals, nach den Befreiungskriegen, sank nicht Preußens Schale, weil das Volk mit ererbter Fähigkeit daran ging, sich im neuen Hause einzurichten und nicht dabei die Pfeiler umzustürzen wünschte, die seine Wohl- fahrt und Zukunft trugen. Solche Bestrebungen stoßen, wie Minister Dr. Drews scharf hervorhob, auf starken Regierungswillen, wie es die preussischen Völen sehen, die Teile Preußens aus dem Staatsorganismus lösen möchten. Preußens Herrenhaus sieht wie jeder Preusse vor einer Gewissensfrage. Stimmt jene Verammlung politischer Köpfe, die nicht der Parteilichkeit unterliegen, der Regierung zu, so wird auch die Frage der Wahlreform in dem Sinne gelöst werden, daß Staatsbelange und Volksinteressen harmonisch zusammenklingen, ohne daß wankelmütige Massenbereitschaft den Tbron bestiegt.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Preußens gleicht einem Strom, der in ein zu enges Bett gezwängt ist; daher die Stromschnellen und Wirbel des Partei- kampfes und der Aufruhr gegen die einengenden Mauern. Reicht man diese Mauern allmählich nieder, wird Preußens Politik umerkelt. Schauffelt man aber ein breiteres, wohl umbordetes Bett, dann wird Preußens Entwicklung in reibungslosen, wohlgefaßten Fluß geraten und unter dem Reichen eines Volkes stehen, dessen Wurzeln der Staat bleibt, zu dem es steht.

Graf Hertling vor dem Hauptausschuß.

Erklärungen über die politische Lage.

Berlin, 11. Juli.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute zunächst die Beratung über die Landgesellschaft Westmark, die aufgehoben werden soll, zu Ende geführt. Dann fanden die Arzlektoren auf der Tagesordnung. Dabei nahm der Reichskanzler Graf v. Hertling das Wort zu meist vertraulichen Ausführungen.

Graf Hertling erklärte, daß der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes an dem Kurse der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde. Sowohl die innere wie die äußere Politik des Reiches werde sich nach wie vor auf den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers vorgezeichnet waren.

Soweit der Wille der Regierung in Betracht komme, seien in politischer Hinsicht alle gegebenen Zusagen eingehalten worden. Die Regierung werde auch mit voller Energie auf der Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen und diese zu Ende führen.

Unveränderte Friedensbereitschaft.

Der Kanzler fuhr fort: Nach außen hin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes festgelegt. Aller Welt sei die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung seit langem bekannt. Es habe sich daran auch weder bisher etwas geändert, noch werde dies in Zukunft geschehen. Demgegenüber stehe aber die Tatsache fest, daß der Vernichtungswille der Feinde nach wie vor aufs Stärkste hervortrete, zuletzt erst wieder in den Reden von Wilson und Balfour. So lange darin kein Wandel geschehe, seien wir zum Weiterkämpfen um unsere Freiheit und Wohlfahrt genötigt. In der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsvorschläge der uns feindlichen Mächte einzugehen, sei aber die politische Reichsleitung mit der Obersten Seeresleitung vollkommen einig.

Ost- und Westfragen.

Der Kanzler berührte dann noch im einzelnen die Zukunftsprobleme im Osten und Westen, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Regierungsprogramm sich nach beiden Richtungen hin mit den Erklärungen decke, die schon im November 1917 abgegeben und von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages gebilligt worden seien.

Rühlmanns Rücktritt.

Die anderweitige Belegung des Auswärtigen Amtes sei nicht aus sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern nur aus Erwägungen persönlicher Art zurückzuführen, über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab. Der als Nachfolger des Staatssekretärs v. Rühlmann in Aussicht genommene Generalleutnant v. Dünne habe die bindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mitmachen werde.

Der Eindruck bei den Parteien.

Bizkanzler v. Bamer hatte bereits zu Eröffnung der Sitzung darauf hingewiesen, daß die Mitteilungen des Kanzlers und demgemäß auch die Erklärungen der Ausschussmitglieder vertraulich seien und dementsprechend auch in der Presse behandelt werden müßten. Aus Reichstagskreisen wird mitgeteilt, daß die Rede des Grafen Hertling einen durchaus günstigen Eindruck hinterließ. Die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann (Soz.) waren zwar scharf, doch war ihnen zu entnehmen, daß an einen Bruch mit der Regierung und der Reichstagsmehrheit in seinen Kreisen nicht gedacht wird. Der Zentrumsvorredner Gröber erteilte dem Kanzler vorbehaltlos ein Vertrauensvotum. Abgeordneter Fischbeck, der für die Fortschrittler sprach, war nicht ganz so zuversichtlich. Die Erklärungen der anderen Parteien waren kurz. Der Ausschuss wird die Erörterung der Kanzlerrede am Freitag fortsetzen. Man hat allgemein den Eindruck, daß der Reichstag seine Arbeiten bis zum 18. d. Mts. erledigt haben und daß mit der Besetzung im Hauptausschuß die gegenwärtige Krise ihren Abschluß gefunden haben wird, sobald Herr v. Dünne, der mit dem Kanzler zusammen aus dem Hauptquartier in Berlin eingetroffen ist, amtlich als Nachfolger Herrn v. Rühlmanns ernannt sein wird.

Krieg gegen Rußlands Frieden.

Die Mordmörder verhaftet.

Kopenhagen, 11. Juli.

Aus Moskau wird gemeldet, die Mörder des deutschen Gesandten seien festgenommen worden. Die bekannte Spioninowa, die zu den Führern der linken Sozialrevolutionäre gehört, hat nach ihrer Verhaftung gestanden, daß der Mordmord durch einen offiziellen Parteibeschluß herbeigeführt worden ist.

Die russische Friedensdelegation in Kiew erhielt eine Drahtung Lichtsicherins, nach der der Mörder Blumkin heißt. Er war der Vertrauensmann der Parteileitung der Linkrevolutionäre in der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, hatte als Kommissionsmitglied die Dokumente ausgefertigt, die den Verächtern den Zutritt zu dem Gesandten Michach verschafften, und hatte dann den

von der Parteileitung diktierten Akt des Terrorismus begangen.

Was die Verbändler wollten.

Schweizer Blätter erfahren aus diplomatischen Kreisen: Da die Alliierten wissen, daß die amerikanische Hilfe zu spät eintreffen wird und die Deutschen ihre Offensivpläne im Westen durchzuführen werden, versuchen sie, den Mittelmächtigen Schwierigkeiten zu bereiten, um sie an der Weiterverfolgung militärischer Aktionen zu verhindern. Der erste Teil der Ententeintervention bestand in der Propagandaoffensive gegen Österreich, die fehlschlug. Die zweite Phase, die sich in der Aufreizung Rußlands zu einem neuen Krieg mit Deutschland zeigt, steht jedenfalls vor einem Mißerfolg.

Die Entente hatte als Bedingung für eine Einmischung in russische Angelegenheiten eine Regierung unter Kerenski verlangt, der Lereschtsenko und vor allem Iswozki, der in Rußland als Vorkämpfer in Paris einer der ärgsten Kriegsheter war, angehören sollten. Nach dem Sturz der Bolschewisten sollten diese Russen mit englischen Schiffen an die Murmanküste gebracht werden und dort die Aufhebung des Brester Friedens und den Krieg ausrufen.

Abgeblüht.

In Paris konnte Kerenski, weil dessen Erscheinen vor dem Parlamentsausschuß des Auswärtigen durch Clemenceaus Einsprache verhindert worden ist, nur erreichen, im sogenannten Verbeauschuß seinen Protest gegen den Breit-Witowser Frieden anzubringen. Von der Verwaltungskommission der sozialdemokratischen Partei wurde Kerenski in ein scharfes Kreuzverhör genommen, das ihn böß zerwupfte. Man stellte ihm Fragen wie: „Was haben Sie, als Sie Herr von Rußland waren, getan, um Rußland zu retten? Sie haben unter den Einflüsterungen, die wir kennen, die Offensive angeordnet und nicht verstanden, durchzuführen, daß die Stockholmer Konferenz abgehalten wurde.“ Schließlich ergab sich, daß die französischen Sozialisten gegen Kerenski und für die Bolschewisten Partei ergrißen, indem sie ein bemannetes Eingreifen des Bundes in Rußland verurteilten.

Ein, der dazu lernte.

Wien, 11. Juli.

Nach neuer Meldungen erklärte Miljukow, es beruhe auf einem Irrtum, wenn behauptet würde, er habe Deutschland eine förmliche Schutzherrschaft über Rußland angeboten. Er gehöre jedoch zu jener Minderheit innerhalb der Kadettenpartei, die beabsichtige, im Falle einer Annäherung an Deutschland und Österreich-Ungarn zu wirken.

Miljukow, der einflußreichste Führer des russischen Bürgertums, bisher der treueste Freund der Westmächte, stellt sich hiermit auf den realen Boden einer nationalen russischen Politik: er lehnt den Brester Frieden nicht mehr unverdächtig ab, sondern sucht seine Änderung durch eine Annäherung an Deutschland zu erreichen. Wenn Miljukow heute von einer Annäherung an Deutschland spricht, so bedeutet das, daß er einseht, daß die Entente unter keinen Umständen, selbst wenn Rußland unter den furchterlichsten Opfern noch einmal einen Teil der deutschen Streitkräfte auf sich ziehen würde, instande ist, den Endsieg zu erreichen.

Der Krieg.

Die Beschließung von Paris.

Aus Paris wird amtlich gemeldet: „Am 30. Januar begannen starke feindliche Luftangriffe, während die Beschließung durch das weittragende Geschütz am 23. März anging. Bis zum 30. Juni sind 20 Luftangriffe gemeldet worden. 39 Tage lang wurde Paris durch das weittragende Geschütz beschossen.“ Die amtliche Meldung über die Verluste in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni besagt: 141 Menschen sind getötet, 452 sind verwundet, ganz abgesehen von den Opfern an Verwundungen. Beim Gedränge, indem die Leute sich zu retten suchten, wurden 66 Menschen getötet.“

Die heimliche Gegenoffensive.

Genf, 11. Juli. Aus den Mitteilungen der französischen Presse geht hervor, daß die verschiedenen Unternehmungen des Verbandes an der Westfront bereits eine Gegenoffensive waren, die allerdings mißlungen ist.

Das Gefangenenerleben in Rumänien.

Wien, 11. Juli. Rumänische Blätter bemerken zu den Verhandlungen im Deutschen Reichstag über die Kriegsgefangenenregeln in Rumänien, daß die angeführten Fälle eine Folge der gesamten Zustände in der Moldau während des Winters 1916 gewesen seien. Es hätten Flecktyphus, Rückfallfieber und andere Krankheiten geherrscht, und es sind insgesamt mehr als 600000 Menschen gestorben, von den rumänischen Truppen allein mehr als 60 %.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

20 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 11. Juli. (Amtlich.) Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings 4 bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 Dr.-Reg.-Ton. versenkt. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die Summe der amtlichen Schiffsräumungsgelb geht aus einem Bericht des „Times“ hervor. Das Blatt schreibt, daß im Jahre 1917 vier Millionen Tonnen verlorengegangen seien, während nur 1 163 000 Tonnen neugebaut worden seien. Von einer Besserung der Lage sei also, entgegen den amtlichen Versicherungen, noch nichts zu bemerken.

Kleine Kriegspoß.

Berlin, 11. Juli. Bulgarien und Rußland tauschen die Vollzugsurkunden des Berliner Friedensvertrages aus.

Konstantinopel, 11. Juli. „Tanin“ berichtet, daß die Araber sich mehr und mehr von den Engländern zurückziehen, da sie der Bedrückung und Willkürherrschaft überdrüssig seien.

Rotterdam, 11. Juli. Im enallischen Unterhause rief die Erklärung des Landwirtschaftsministers Brotho, daß die Einziehung von 80000 landwirtschaftlichen Arbeitern die Ernte gefährden werde, lebhaftes Beunruhigung hervor.

Zürich, 11. Juli. Die portugiesische Regierung meldet, daß in Lissabon Unruhen ausgebrochen sind; bei den Straßenkämpfen gab es mehrere Tote.

Zürich, 11. Juli. Ein Erlass der italienischen Regierung verbietet das Schlachten aller für die Fortpflanzung tauglichen Pferde, Ziege und Maultiere, weil infolge des Hindermangels die Massenabschlachtung der Pferde und Ziege usw. bedeutend überhand nahm.

Yugano, 11. Juli. Der Senat der Vereinigten Staaten bewilligt weitere 40 Milliarden Lire zur Unterstützung der Alliierten. Auch Italien erhält einen namhaften Teil dieser Summe.

Vom Tage.

Verbefeldung in Irland.

Roosevelt und Joffre sind aufgefordert worden, nach Irland zu kommen, um einer Rekrutierungsfeldzug zu leiten.

Da die Iren nicht wollen, wie sie sollen,
Ist an Joffre und Teddy der Ruf erschollen:
„Kommt schnell und helft uns Rekruten werben,
Sonst geht wahrhaftig ganz England in Scherben!“
Was anbetrifft nun den Papa Joffre,
So packt er den Marschallstab in den Koffer,
Um in den irischen Luftstrassenbeiräten
Als schönes, beruhigendes Brunkstück zu wirken.
Er wird sich dem Volk von Irland nur zeigen
Und eröffnen den Redereien mit Schmeißen,
Denn er ist bekanntlich kein Mann von Worte —
Die Iren kennen schon diese Sorte.
Der Teddy Roosevelt dagegen,
Als einer der größten Maulstrategen,
Denkt stolz: „Ich werde die irischen Rekruten
Mit der Reklametrumpete zusammenrufen.
Schon um mich zu sehen, kommen in Haufen
Die Iren von weit und breit gelaufen.
Ich kann ihnen auch Homeruse versprechen,
Und England wird mein Wort dann schon brechen.
Was Blondes gelungen nicht ist und Frenchen,
Das mach' ich, ich mache die Iren zu Menschen
Und werde mit solchem Nachdruck werben,
Daß sie für England leben, doch hauptsächlich sterben!“

Am amerikanischen Unabhängigkeitstage hat man in Newyork als Zeichen der Vermischung aller eingewanderten Völker einen großen Schmelztopf aufgestellt. In den Topf sollen die Deutschen und Österreicher alle Orden und Auszeichnungen, die sie von ihren früheren Regierungen erhalten haben, werfen. Dann soll der Topf eingeschmolzen und das Metall zu Zwecken des Roten Kreuzes verwandt werden. Solche Riten sind den Amerikanern offenbar das wichtigste an ganzen Kriegen, sonst würde man wohl nicht täglich neue Geschichtchen dieser Art zu hören bekommen.

Die Judenfrage in Rumänien.

Bukarest, 11. Juli. Wie verlautet, beabsichtigt die rumänische Regierung in den nächsten Tagen die Ver-

vorlage über die politische Gleichstellung der Juden einzubringen.

In Erwartung der Erbschaft.

Osaka, 11. Juli. Englische Blätter erklären, daß zwar die Auflösung der Bolschewikeregierung unmittelbar bevorstehe, eine Intervention der Verbündeten in Sibirien aber trotzdem notwendig sei, damit die Früchte des Sturzes jener Regierung nicht verlorengehen.

Straßenunruhen in Petersburg.

Amsterdam, 11. Juli. In Petersburg haben, wie Londoner Blättern berichtet wird, ernste Straßenunruhen stattgefunden.

Frankreich an der Murmanküste.

Stockholm, 11. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Kronbladet“ hat festgestellt, daß England Frankreichs Verlangen nach einem Hafen an der Murmanküste billige und unterstütze.

König Alberts Flug nach England.

Osaka, 11. Juli. Die Vorbereitungen für den Flug des belgischen Königspaares nach England waren, wie Reuter meldet, in aller Stille getroffen worden. Es wurden zwei Wasserflugzeuge benutzt, wovon jedes einen Passagier aufnehmen konnte. Das Königspaar landete in einem englischen Hafen.

Englands wirtschaftlicher Untergang.

Osaka, 11. Juli. Der ehemalige Chefredakteur des „Economist“ Dirr schreibt: Englands Schuld beträgt bis vor einem halben Jahre genau 7 Milliarden 842 Millionen Pfund (247 Milliarden Mark). In den letzten 6 Monaten ist die Staatsschuld um wöchentlich 40 Millionen Pfund gestiegen und die Einkommensteuer um 7% erhöht worden, und die Reichen müssen jetzt schon die Hälfte ihres Einkommens an Steuern abgeben. Wenn man noch drei Jahre Krieg führen werde, würde Englands Schuld auf 12 Milliarden Pfund (240 Milliarden Mark) angelaufen und jeder englische Staatsbürger gezwungen sein, 50% seines Einkommens an Steuern zu entrichten. Außerdem sei England gezwungen, seine ganze industrielle Erzeugung ins Ausland zu führen, um seine Schulden ans Ausland zu bezahlen, während es früher Hinfen aus dem Auslande bezogen habe. Diese Zahlen beweisen, daß England dem wirtschaftlichen Untergang geweiht ist.

Der Prozeß Caillaux.

Genf, 11. Juli. Der Prozeß Caillaux dürfte nicht vor einem außerordentlichen Kriegsgericht, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach vor einem bürgerlichen Gericht verhandelt werden.

Ein englisch-argentinischer Zwischenfall.

Amsterdam, 11. Juli. In Villa Constitucion (Argentinien) wurde, wie aus London halbamtlich berichtet wird, der britische Vizekonsul von Streikenden überfallen und schwer verwundet. Der britische Gesandte hat wegen dieses Vorfalls Protest eingelegt.

Japans Nichtbeteiligung am Kriege.

Rotterdam, 11. Juli. Eine japanische Zeitschrift hat eine Rundfrage an japanische Offiziere und Gelehrte gerichtet, um deren Ansicht über die Frage, ob Japan Truppen nach Europa senden soll, zu hören. Die Antworten lauten fast durchweg ablehnend.

Deutscher Reichstag.

(189. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Juli.

Das ziemlich schwach besuchte Haus setzte die Beratung der Steuervorlage beim Kapitel Umsatzsteuer fort, das durch die Ausschussberatungen eine wesentliche Veränderung erfahren hat. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Freilassung der freien Berufe, die von verschiedenen Seiten gefordert wurden.

Sitzungsbericht.

Am Tische des Bundesrats: Graf Koedern, Schiffer.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung der Steuervorlagen beim Kapitel

Umsatzsteuer.

Der Ausschuss hat an der Regierungsvorlage eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Die Vorlage sah auch eine Besteuerung der Leistungen der Schriftsteller usw. vor. Der Ausschuss hat diese Bestimmungen gestrichen und nur gewerbliche Leistungen der Steuer unterworfen. Die Steuer auf Luxusgegenstände, die der Ausschuss in der ersten Lesung auf 20% festgesetzt hatte, wurde in der zweiten Lesung des Aus-

schusses wieder auf 10% herabgesetzt. Für die Durchführung des kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebes sind Erleichterungen zugelassen worden.

Abg. Meierfeld (Soz.): Die Umsatzsteuer ist die entscheidendste aller Steuern. Eine Ware, die nur sechsmal umgelegt wird, wird um 8% verteuert. Auf keinen Fall dürfen die Lebensmittel der breiten Massen auch noch mit einer so schweren Steuer belastet werden, ebenso müssen die Kohlen frei bleiben. Die Besteuerung des Verbrauchs von Gas, Wasser und elektrischem Licht wäre besonders bedenklich für die Gemeinden. Dagegen könnte die Luxussteuer viel schärfer angezogen werden.

Abg. Waldheim (Sp.): Die „Selbständigkeit“ ist ausschlaggebend für die Erhebung dieser Steuer. Der selbständige Droschkenfahrer wird also Umsatzsteuer bezahlen müssen, ein gegen festes Gehalt angestellter Generaldirektor nicht; der Beilenschreiber ist steuerpflichtig, der festangestellte Chefredakteur nicht. Das sind Ungerechtigkeiten, die nicht in das Gesetz kommen dürfen.

Abg. Bernheim (U. Soz.): Wir beantragen die ausdrückliche Freilassung der freien Berufe und daher die Einfügung eines besonderen § 1a: als gewerbliche Tätigkeit wird nicht gerechnet die Ausübung eines freien Berufs als Arzt, Gelehrter, Künstler, Lehrer und Erzieher, Rechtsanwalt oder Schriftsteller.

Abg. Dr. Neumann-Pöser (Sp.): Ein Teil meiner Freunde bedauert die Abänderung des § 1 durch den Ausschuss.

Abg. Jund (natl.): Die freien Berufe brauchen nicht besonders aufgezählt zu werden. Ihre Freilassung geht aus dem Gesetz, zum mindesten aus der Ausschussberatung und aus dem dortutage getretenen Willen des Gesetzgebers hervor.

Der Antrag Bernheim wird abgelehnt. Bei § 6 wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Umsatzsteuer bei Lebensmitteln von 5 v. T. auf 1 v. T. ermäßigen will, in namentlicher Abstimmung mit 171 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

Nach einem Kompromißantrag sollen Gesellschaften, die zusammengehören und deren eine Waren an die andere verkauft, der Warenumsatzsteuer unterworfen sein, wenn der Betrag 100000 Mark übersteigt.

Abg. Jri (Zit.): Der Antrag liegt im Interesse des Mittelstandes.

Abg. Fenerstein (Soz.): Wir haben alles Interesse daran, nach dem Kriege alle wirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen.

Abg. Gothein (Sp.): Der Kompromißantrag ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Schaflektur Graf Koedern: Die Gefahr, daß § 6a auch auf die Konsumgenossenschaften angewandt werden kann, besteht nicht.

§ 6a wird in der Fassung des Kompromißantrages angenommen.

Zu § 7 (Luxussteuer) begründet Abg. Bernheim (U. Soz.) einen Antrag auf Besteuerung der Luxusgegenstände. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso ein Antrag des Abg. Zimmermanns (natl.), der Luxusinstrumente aller Art nicht als Luxusgegenstände angehen lassen will.

In § 17 wird die Bestimmung, wonach auch die Angestellten der Steuerpflichtigen zur Auskunfterteilung verpflichtet sein sollen, trotz des Widerspruchs des Regierungsovertreters gestrichen. Der Rest des Gesetzes wird im wesentlichen unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Ausschussfassung erledigt.

Auch das Steuerfluchtgesetz wird ohne längere Erörterung unverändert angenommen.

In der sechsten Stunde beginnt das Haus dann noch die allgemeine Aussprache über § 1 des Brauntweinmonopolgesetzes. Die Beschlussfassung über § 1 und die weitere Aussprache wird schließlich auf morgen vertagt.

Dreuischer Landtag.

Herrenhaus.

(88. Sitzung.) Berlin, 11. Juli.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wandte sich heute das Haus zu der Beratung des Etats des Finanzministeriums. Im Verlaufe der Aussprache gab Finanzminister Dr. Hergt einen Überblick über die neue Reichssteuerreform, die bereits — obwohl nur als Teilreform gedacht — so ausgestaltet sei, daß sie in die große allgemeine Finanzreform hineinragt, die die Regierung erst nach dem Kriege vornehmen wollte. Der Minister stellte u. a. eine Vereinfachung der Verwaltung in Aussicht.

Sitzungsbericht.

Am Ministertische: Finanzminister Dr. Hergt.
Die Vorlage über die Erweiterung des Stadtkreisles Dortmund wird angenommen, ebenso die über die Erhöhung der Reiseflosten der Staatsbeamten. In der dann folgenden

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von E. Maritt.

14. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ohne Zweifel war Diner im Hause. Das übertraf sie nicht; Tante Sophie hatte ihr bereits in Berlin gesagt, daß jetzt immer „etwas los sei“ zu Hause; zwischen den Leuten bei Hofe und Amtsrats sei große „Herzlichkeit“, und der Papa sei dadurch ein gar gefuchter Mann — und die braunen Augen dabei lustig gezinkert.

Er nun, da war ja die beste Gelegenheit, sich die Herzlichkeit in Bausch und Bogen zu besehen, ohne sich selbst sehen zu lassen.

Sie ging durch den Haussflur in die Wohnstube. Da war es sehr dämmerig; das Gaslicht kam schwach durch die Fenster herein.

Tante Sophie war nicht da, sie hatte selbstverständlich oben „alle Hände voll zu tun“; dafür war das ganze, große Zimmer von dem Duft ihrer Lieblingsblumen erfüllt — auf dem Tisch stand ein mächtiger Strauß Veilchen und Nelken, wohl der letzte für dieses Jahr aus Tante Sophies eigenem kleinen Garten vor dem Tore — wie das alles anheimelte!

Margarete warf Hut und Mantel auf einen Stuhl, schwang sich auf den hohen Fenstertritt und sah hinaus über den gasdellen Markt hin... Alles wie sonst... Da huschte sie hinauf, um zu sehen, was alles dieser Kronleuchter besahien...

Das lautlose Huschen wurde ihr nicht schwer. Ein neuer, breiter Käufer von dicklaunigem Teppichstoff verhängung jeden Fußtritt auf der Treppe.

Der Flurjaal war spärlich beleuchtet; nur aus der weit offenen Salontür strömte der Kerzenglanz. Sie konnte in einer der Fensterscheiben einen großen Teil des Salons überblicken; und es war wirklich, als sähe sie in der Theaterloge und sähe ein interessantes Lustspiel... Der ersten Liebhaberin — das war die junge Fremde dort an der Tafel zweifellos — konnte sie gerade in das Gesicht sehen; es war ein hübsches, hohes, rüßig lächelndes Gesicht auf sanftem, run-

dem Hase und breiten, apfelschönen Schültern... Also, das war sie, diese Deloife von Taubened, die gegenwärtig eine so beherrschende Rolle bei „Antikrats“ spielte!

Nun, verwunderlich war es gerade nicht, daß die Großmama über diese neue Beziehung so „ganz und gar aus dem Häuschen“ sein sollte, wie Tante Sophie sich in Berlin ausgedrückt hatte. Eine Nichte des Herzogs — sei es auch nur die Tochter des verstorbenen spanagierten Prinzen Ludwig aus einer unebenbürtigen Ehe — dereinst Schwiegermutter nennen zu dürfen, das übertraf ja weit, weit Großmamas kühnste Wünsche! Wie sie wohl dies unmenhliche Glück trug?

Nun, die ebegeizige alte Dame lebte denn auch dort an der Schmalfette der Tafel, mit stolzigem Besitztumsdruck und die Hände fast andächtig gefaltet, in ihrem Stuhl und verwandte kein Auge von der blonden Schönheit neben dem Sohn, dem einzigen, vergötterten, der in respektvoller Geschwindigkeit Staffeln um Staffeln im Staatsdienst erstieg und mit neunundzwanzig Jahren schon ein „Herr Landrat“ war.

Wie oft hatte ihn Margarete als Kind aus Pappas Munde spottweise „unser zukünftiger Minister“ nennen gehört! Nun war er in der Tat dem hochgesteckten Ziel nahe, wie Tante Sophie in Berlin erzählt. Sie hatte gesagt, man munkelte bereits im Lande, daß ein Wechsel in Sicht sei, aber der Herr Landrat Marschall würde, trotz seiner wirklich ausgezeichneten Fähigkeiten, keinesfalls den Harnsicherung in die hohe Stellung machen, wenn nicht eben — jenes Fräulein Deloife von Taubened wäre.

„Ja, die Welt ist gar schlecht mit ihrer losen Zunge!“ Damit waren diese neuesten Nachrichten aus der Heimat unter bedauerlichem Aufsehzuden geschlossen worden; aber der Schall hatte der Tante aus jedem Augenwinkel gelacht. Uebrigens sei Herbert wirklich ein vornehmer Mann geworden.

Nun ja, er war ein hübscher Mann geworden, eine rechte Diplomatenfigur mit seiner vornehmen Sicherheit in Tun und Wesen. Wenn sie ihm in der Fremde plötzlich begegnet wäre, da hätte sie vielleicht gestutzt, aber auf den ersten Blick ihn sicher nicht erkannt...

Nun war ihm aber der Bart angewachsen, ein

schöner, dunkler, am Kinn leicht getüpfelter Vollbart, und aus dem mischgetreten Studenten war ein „Herr Landrat“ geworden, der noch dazu mit vollen Segeln auf seine Verheiratung lossteuerie und binnen kurzem eine „Tante“ an seiner Seite haben würde; da konnte man mit gutem Gewissen „Onkel“ sagen — ja wohl, unbedenklich! Das junge Mädchen in der dunklen Fenstersche lächelte schelmisch und ließ die Augen weiter schweifen.

Bei Betreten des Flurjaales war ihr ein lautes Stimmendurcheinander entgegengeschlagen; man hatte sehr lebhaft gesprochen, und sie meinte auch, Großpapa gelächte, rauhe Stimme herausgehört zu haben. Mit dem Eintritt des Bedienten jedoch war es stiller geworden, und jetzt sprach nur eine einzige, ganz angenehme, wenn auch etwas fetter Frauenstimme; sie schienen gewissermaßen zu dominieren, und in der Tonfärbung lag, besonders wenn es galt, eine eingeworfene Frage zu beantworten, eine merkwürdige Herablassung. Margarete konnte die Sprecherin nicht sehen; sie mochte dem Papa zur Rechten sitzen, während Fräulein von Taubened links seine Nachbarin war.

Die unsichtbare Dame erzählte einen Vorfall bei Hofe, hübsch und anschaulich, und unterbrach sich nun manchmal mit einem „nicht wahr, mein Kind?“ — was die schöne Deloife stets mit der Antwort „gewiß Mama!“ prompt und gleichmütig bestätigte. So war es also Frau Baronin von Taubened, die Witwe des Prinzen Ludwig, die neben dem Papa saß... Wie stolz er aussah! Die finstere Schwermut, die die Tochter bei jedem Wiedersehen aufs neue erschreckt hatte, schien heute wie weggewischt von den schönen, wenn auch stark alternden Zügen. Die Großmama war somit nicht die einzige, die sich in den Strahlen des über der Familie aufgehenden Glücksgestirnes sonnte...

Frau von Taubened beschrieb eben mit gesteigertem Lebendigkeit, wie das Pferd des Herzogs alle Anstrengungen gemacht, seinen Reiter abzuwerfen, als sie plötzlich aufhorchend verstummte. Ueber ihre ziemlich laute Stimme hinweg schwebte ein Klang in das Zimmer herein, ein langausgehaltener Ton — er schwoh und schwoh und blieb doch geisthaft zart und unirdisch, bis er plötzlich abriß, um eine Fers tiefer einzusetzen. (Fortsetzung folgt.)

Fortsetzung der Staatsberatung.

wendet sich beim Finanzministerium Dr. vom Rath gegen die mit dem Beibrachte begonnenen Eingriffe des Reiches in die preussische Finanzhoheit. Die direkten Steuern müssen bestehen bleiben, sonst gibt es einen finanziellen Ruin für Preußen.

Dr. Graf v. Boskowsky: Die Finanzreformen-Einnahmen sind nicht nur Steuererhöhungen, und da sehr bald neue nötig werden, haben wir einen raschen Verbrauch an Schatzschreibern. Ihre durchschnittliche Amtszeit ist nur 2 1/2 Jahre. Die Verdienste der breiten Masse sind so gestiegen, daß man sie stärker als bisher mit indirekten Steuern belasten kann. Selbstverständlich muß auch der Besitz scharf herangezogen werden. Wir müssen gründlich Sparsamkeit treiben, wir können uns nicht mehr so viel Kultur Ausgaben leisten, soweit es nicht unbedingt notwendig ist. Dazu gehört auch eine gründliche Vereinfachung der Verwaltung.

Finanzminister Dr. Dergt gab Aufschluß über seine Haltung in der augenblicklich im Reichstage beratenen Finanzreform. Er führte aus, daß diese zunächst nur als Leitreform geplante Arbeit vom Reichstage so ausgestaltet wurde, daß sie bereits in die große allgemeine Finanzreform eintrage, die die Regierung eigentlich erst nach dem Kriege in Angriff nehmen wollte. Mit der durch den Antrag Götter und das Besondere-Kommission vorgeschlagenen Heranziehung des Einkommenszuwachses und des Vermögens durch das Reich könnten sich die Bundesstaaten einverstanden erklären, dagegen müssen sie den Zugriff des Reiches auf das Einkommen selbst zurückweisen. Entsprechend der Mahnung des Grafen Boskowsky erklärte der Minister, daß tüchtig gearbeitet werden und die Verwaltung vereinfacht werden würde. Die dabei ersparten Beträge werden aber wieder der Beamtenschaft zufließen. Unter lebhaftem Beifall betonte der Minister, daß Preußen seine finanzielle Selbständigkeit wahren müsse.

Der Rest des Etats wird bewilligt. Die Wahlrechtsvorlage geht an eine Kommission von 25 Mitgliedern.

Das Haus verlegt sich auf morgen.

Politische Rundschau.

Osterreich-Ungarn.

* Auf eine Anfrage im ungarischen Abgeordnetenhause erklärte Ministerpräsident Wekerle über das Wirtschaftsbandnis mit Deutschland, daß wenn Ungarn mit Deutschland ein Zollbandnis schließt, bezüglich der landwirtschaftlichen Bölle gegenseitig Zollfreiheit bestehen soll. Bezüglich der Industriezölle war niemals vollkommene Verkehrsfreiheit geplant, vielmehr soll bezüglich jener Industriezweige, für die die ungarischen Produktionsverhältnisse Schutz erheischen, dieser Schutz auch zukünftig aufrecht erhalten werden.

Finnland.

* Senator Sella erklärte, wenn die Frage der Regierungsform nicht in nächster Zukunft entschieden werde so halte die Regierung weitere Arbeit für nutzlos. Am Montagabend teilte in einer geheimen Konferenz der Regierung mit den Landtagsgruppen Regierungschef Raafikivi mit, daß die Regierung beschloßen habe, die Annahme der monarchischen Staatsform zur Rabinetsfrage zu machen. Die Republikaner verlangen dagegen eine Volksabstimmung.

Belgien.

* Die flämische Bewegung beginnt nunmehr auch die Aufmerksamkeit der Kreise um König Albert zu erregen, die bisher immer mit Achselzucken darüber gesprochen haben. Man bezieht sich daher in Le Havre, den Flamen einige Zugeständnisse zu machen. So hat z. B. der Kriegsminister in der belgischen Offizierschule zu Gaillon, Frankreich, ein paar flämische Unterrichtskurse zur Ausbildung von Unteroffizieren eingerichtet, damit diese sich in flämischer Sprache mit den Soldaten unterhalten können. Diese Maßnahme des neuen Ministerpräsidenten Cooreman kommt zu spät. Sie bezieht sich überdies nur auf die Unteroffiziere und nicht auch auf Offiziere, unter denen Anhänger des Flamentums grundsätzlich nicht gebildet werden.

Spanien.

* Zwei Madrider Blätter, die „Tribuna“ und „Epoca“, bringen aufsehenerregende Enthüllungen über die Verbandsespionage in Spanien. In der „Nacion“ werden Schriftstücke veröffentlicht, wonach die französische Volkspolizei durch das französische Konsulat in Barcelona in Verbindung mit dem Chef des französischen Spionagedienstes spanische Junker auf spanischen Dampfern bespioniert hat. Die Leute bekommen monatlich 500 Pesetas und haben dafür in ihnen vorgeschriebener Geheimchrift an Dekabrisen in Barcelona die Anwesenheit deutscher U-Boote mit genauer Ortsangabe zu machen; ferner die Anwesenheit deutscher Jagdgale zu spanischen Dampfern und sonst noch alles, was für Verbandskriegsschiffe irgend von Wert sein könnte.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 11. Juli. Anlässlich der Ermordung des Grafen Mirbach richtete Kaiser Karl an den Deutschen Kaiser ein Beileidstelegramm, in dem er seinem tiefen Bedauern über das Schicksal dieses Opfers treuer Blücherfüllung Ausdruck verlieh. Kaiser Wilhelm dankte telegraphisch für diesen Beweis warmer Teilnahme mit herzlichen Worten.

Wien, 11. Juli. In dem berühmten Ballfabrikator Belegrad fand eine Kundgebung von 30 000 katholischen Tschechen statt. Bei der Kundgebung erklärte, das katholische tschechische Volk kämpfe um die Selbstständigkeit der Nation, um eigenes Staatswesen innerhalb der Monarchie und unter der Dynastie Habsburg.

Wien, 11. Juli. Bei den Verhandlungen der deutschen und polnischen Abgeordneten verlangten die Polen Sicherheiten gegen eine Zweiteilung Galiziens.

Saag, 11. Juli. Auf dem Jahreskongress der Gewerkschaften erklärte Emilie, die Arbeiter seien darauf vorbereitet, das Land zu regieren, sobald sie die Mehrheit im Unterhause erlangen würden.

Kopenhagen, 11. Juli. Die Verhandlungen zwischen Dänemark und Island schreiten jetzt günstiger fort. Im isländischen Volk wächst die Bewegung für eine vertraglich festgelegte Union mit Dänemark. Island erhielt eine eigene Flagge.

Rotterdam, 11. Juli. Bei einem Essen zu Ehren amerikanischer Offiziere sang Asquith ein Preislied auf das „amerikanische“ Amerika und Wilson und sagte, das Ziel sei der Völkerverbund, dessen Verwirklichung das dringendste Aufgabenproblem internationaler Staatskunst sei.

Amsterdam, 11. Juli. Im englischen Unterhause gab auf eine Anfrage über den holländischen Gesandten nach

Robert Veell die Erklärung ab, die Schiffe dürften auslaufen, ohne untersucht zu werden, wenn sie keine Güter mit sich führen, die ganz oder teilweise feindlichen Ursprungs seien.

Amsterdam, 11. Juli. Nach dem „Daily Express“ streifen in den englischen Flugzeugfabriken rund 200 000 Mann.

Amsterdam, 11. Juli. Die englischen Gewerkschaften planen einen riesigen Gewerkschaftsverband, dem die Gewerkschaften aller Länder mit Ausnahme der Mittelmächte angehören sollen.

Bern, 11. Juli. In Luano wurde der Generalkrieg erklärt. In Winterthur und Luzern sind die Auslandsbewegungen beendet.

Genf, 11. Juli. „Journal du Peuple“ meldet zur Friedensfrage: Die Beratungen der sozialistischen Führer mit den Gewerkschaften hatten den Zweck, von der Regierung den Eintritt in vorerst unverbindliche Verhandlungen zum Zwecke der Beendigung des Krieges zu erzwingen.

Von der Ernte dieses Jahres.

Ergebnisse einer Umfrage.

Die ungünstige Witterung, die wir lange gehabt haben, ließ naturgemäß Beforgnisse um die Ernte entstehen. Zum Glück haben die inzwischen eingetretenen Regengüsse die Aussichten ganz bedeutend gebessert. Überhaupt haben uns die Erfahrungen der früheren Jahre gelehrt, daß das Getreide ein gut Teil Trockenheit vertragen kann. Man kann sogar schon jetzt sagen, daß die Getreideernte in diesem Jahre besser ausfallen wird als das vorige Jahre. Das ist ein wahres Glück, denn aus Polen, der Ukraine und Rumänien, von wo wir reiche Unterstützung erwarteten, kommen schlechte Nachrichten. Da ist es sehr erfreulich zu hören, daß sowohl Roggen wie Weizen, Hafer wie Gerste bei uns eine gute Mittelernte erwarten lassen, ja mancherorts sogar von guten Erträgen gesprochen wird. Indes, wir wollen nicht zu sehr jubeln, denn es ist klar, daß bei den jetzigen Verhältnissen, vor allem der Dürreknappheit, eine gute Mittelernte überhaupt das Höchste ist, was wir erwarten können. Mit den Kartoffeln werden wir zufrieden sein können. Das ungünstige Wetter hat zwar das Gedeihen verzögert, und die unangenehmen Juniwüsten haben auch das Früchte getan, aber im ganzen ist weiter kein Schaden angerichtet worden, als eben die Simonschiebung auf etwa vierzehn Tage. Ohne die Nachfröste des Juni und die noch anhaltende kühle Witterung hätten wir jetzt schon Frühkartoffeln, was gewiß recht angenehm wäre. Auch die Spätkartoffeln werden etwas später kommen als sonst, doch wird der Unterschied voraussichtlich nicht sehr bedeutend sein.

Traurig sieht es mit den Gemüsen aus. Bohnen, Tomaten, Gurken sind im Juni vielfach gänzlich erfroren, auch der Buchweizen ist stellenweise völlig vernichtet, Blattgemüse, wie Spinat, Kohl, Wurzelgemüse wie Mohrrüben, Radieschen, Kohlrabi ist vielfach ein Opfer des gräßlichen Ungeistes geworden, gegen dessen Menge dies Jahr jedes Mittel verliert. Es besteht aber Hoffnung, daß die späten Gemüse noch gute Erträge geben werden. Großartig stehen an vielen Stellen die sogenannten Wildgemüse, auf die der Krieg unser Augenmerk gerichtet hat, Löwenzahn, Brennnessel, Sauerampfer, Schafgarbe, Wegwarte usw. Wer Zeit zum Sammeln hat oder seine Kinder — es sind ja Schulkinder — für diesen Zweck anlernen kann, der dürfte gute Ausbeute erzielen, freilich ist das Sammelgebiet jetzt durch die vermehrte Kaninchen- und Regenhaltung recht eingeschränkt.

Die Obsternte wird im allgemeinen noch etwas schlechter ausfallen als im vorigen Jahre. Ein bekannter Fachmann hat eine Umfrage an etwa 450 Punkten veranstaltet, das Ergebnis ist leider wenig erfreulich. Äpfel versprechen im allgemeinen eine Mittelernte; sie stehen meist mittel, im Südwesten des Reiches gering, besser in Brandenburg, Mecklenburg, Pommern und Schleswig. Birnen lassen überall wenig erwarten. Pfäumen und Zwetschen sind sehr ungleich, das Gesamtergebnis ist mittel bis gering. Ungefähr dasselbe gilt von den Süßkirschen und Sauerkirschen, nur daß diese stellenweise wenigstens besser stehen: Süßkirschen in Sachsen und Schlesien gut, Sauerkirschen in Braunschweig, Anhalt und Braunschweig fast gut. Pflirsche und Aprikosen stehen ein wenig besser als Pfäumen und Kirschen, Pflirsche in Bayern, Sachsen, Schlesien, Brandenburg, Hessen und Nachbarländern, Aprikosen auch in Pommern. Erheblich besser schneidet das Beerenobst ab. Stachelbeeren und Johannisbeeren, auch Himbeeren haben fast überall guten Ertrag zu verzeichnen, die rote Mittel ist die schlechteste, die vorkommt. Nicht ganz so gut, aber immer noch über mittel, sind die Erdbeeren. Walnüsse dagegen sinken wieder etwas unter mittel herab.

Es ist recht bedauerlich, daß das Obst uns im großen im Stich läßt, wir könnten jetzt eine Aufbesserung wohl gebrauchen. Aber die Hauptfache sind doch das Getreide, die Kartoffeln und die Gemüse. In letzter Zeit sind auch bereits Bilze auf dem Plan erschienen, aber leider werden ganz ungeheure Preise verlangt; Besserung ist vom Selbstsammeln zu erwarten, wenn auf die Bodenfeuchtigkeit nun noch etwas erwünschte Sonne fällt. Dr. K. M.

Aus Rah und Fern

Serbom, den 12. Juli 1918.

* Die fleischlosen Wochen sollen für das ganze Reich gleichmäßig festgesetzt werden, nämlich vom 19. bis 25. August, 9. bis 15. September, 19. bis 25. September, 30. September bis 6. Oktober und 21. bis 27. Oktober. Die augenblickliche Fleischration von 250 Gramm soll nur noch bis zur zweiten Hälfte des August geliefert werden. Dann soll eine Herabsetzung auf 200 Gramm und zwar für alle Städte mit über 100 000 Einwohner in Kraft treten. Die kleineren Landstädte und die Landgemeinden, bei denen man annimmt, daß eine stärkere Versorgung aus den umliegenden ländlichen Bezirken erfolgt, sollen noch weniger Fleisch erhalten.

* Auf mehrfache Anfragen teilt das Kriegsernährungsamt mit, daß eine Erhöhung der Preise der Frühkartoffeln über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 Mark hinaus nicht beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit der reichlichen Einfuhr voll ausgereifter Frühkartoffeln gerechnet werden kann.

* (Unsinnige Gerüchte.) In einer Eisenbahnbeamtenversammlung am Sonntag machte, nach dem „Mainzer Anz.“, Hauptmann Kleifinger vom Stellvertretenden Generalkommando 18. A. R. Mitteilung von unsinnigen Gerüchten, die nur durch feindliche Agenten oder Spione in der Absicht, das Volk aufzureizen, bei uns verbreitet werden. So hieß es am Anfang dieses Jahres, ganz Hessen erhalte in nächster Zeit Einquartierung von Türken, Bulgaren und Oesterreichern. Dann wurde kolportiert, auf dem Lande würde sämtliche Wäsche beschlagnahmt. Ein jeder Landwirt glaubte retten zu müssen, was er konnte und verstaute die Wäsche in allen Winkeln. An dieser Geschichte war kein wahres Wort. Und nun wird bei der Feststellung der Heuborräte behauptet, dies geschehe, um Tabak für die Front herzustellen. Dabei erfolgen die Bestandsaufnahmen nur, um die notwendige Fütterung der Pferde, besonders an der Front, sicherzustellen.

* (Hindenburg an die Heimstrategen.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat in diesen Tagen an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Raumburg a. S. der Deutschen Vaterlandspartei, General der Artillerie z. D. v. Koehl, eine Karte folgenden Inhalts gesandt: „Stehi gut; nur müssen uns die geehrten Heimstrategen gütigst Atempausen gestatten. Ohne die geht es heutzutage wirklich nicht, wo die Schlachten acht Tage und länger dauern, wo man das ganze Heer nicht mehr auf einem einzigen Schlachtfelde vereinigen kann, und wo keine Großmacht der Welt eine Artillerie zu schaffen vermöchte, die gleichzeitig mit voller Kraft auf der ganzen weiten Front auftreten könnte. Also Geduld!“

Biedenkopf. Auch in diesem Jahre ist der ehrenamtliche Feldschutz eingeführt. Die Feldsur ist zu diesem Zwecke wieder in 14 Bezirke eingeteilt, die unter der fortgesetzten Aufsicht der Ehrenfeldhüter stehen. Diese sind mit der Befugnis zum Waffentragen ausgerüstet und werden jede Zuwiderhandlung gegen die bestehenden Verordnungen zur Anzeige bringen.

Marburg, 11. Juli. (Schweinemarkt.) Die Zufuhr stieg heute auf 297 Stück. Die Preise für Ferkel gingen noch weiter zurück, schließlich bis auf 65 Mark das Stück.

Frankfurt a. M. Die Eingemeindungsverhandlungen der Stadt mit der Nachbargemeinde Griesheim a. M. stehen, wie in der Nieder Gemeindevorstanderversammlung mitgeteilt wurde, unmittelfar vor dem Abschluß. Dagegen schweben die Verhandlungen mit Nied noch und dürften auch vorerst nicht beendet werden. Mit Schwanheim ruhen sie zurzeit.

Die Strafkammer verurteilte den 48-jährigen Glaser Georg Schulmeier wegen eines Diebstahls von zwei Kaninchen aus einem verschlossenen Gartenhäuschen zu einem Jahr Zuchthaus. — 2100 Mark Geldstrafe verhängte das Schöffengericht über den Landwirt Ph. S. Pflug in Günheim, der für den Bedarf seines Haushaltes ein Kind und ein Schwein mehr geschlachtet hatte, als ihm zustand.

Nach Mitteilungen des Stadtrats Dr. Woell hat die spanische Krankheit in Frankfurt ihren Höhepunkt überschritten. Besonders festgesetzt wurde, daß die Krankheit nirgends typhösen Charakter angenommen hat, während man Lungenentzündungen als Folge der Influenzaerkrankungen bei Kindern recht häufig beobachtet.

Bingen. Eine Steigerung des steuerpflichtigen Vermögens um rund 20 Prozent in einem Jahre, diesen Ruhm darf die Stadt Bingen für sich in Anspruch nehmen. 1917 belief sich das Vermögen der Bürgerschaft auf rund 100 Millionen, in diesem Jahre wurde es auf 122 027 900 Mark festgestellt. Dementsprechend erfuhr auch die Einkommensteuer eine Erhöhung um 170 040 M. auf 237 468 Mark. Diese wohl einzig dastehende Vermehrung des Volksvermögens ist auf das gefegnete Weinjahr 1917 mit seinen phantastischen Weinpreisen zurückzuführen. Und welches Finanzbild wird Bingen erst 1919 darbieten, wenn die in diesem Jahr getätigten Weinversteigerungsergebnisse hinzukommen?

Rhein. Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung in Düsseldorf steht die Bildung eines besonderen Ausschusses für den Bau von Schnellbahnen, dem die Aufgabe zugewiesen werden soll, alle Schnellbahnpläne zu prüfen und so zu fördern, daß ihre Ausführung nach Friedensschluß alsbald in die Wege geleitet werden kann. Unter diese Prüfung fällt sowohl der Schnellbahnplan Köln-Düsseldorf, als der Plan einer elektrischen Schnellbahn durch das ganze Industriegebiet von Dortmund über Essen und Duisburg bis Düsseldorf.

Aus dem Rheingau. Mit einem Ausfall in den Weinbergen muß wohl oder übel gerechnet werden, da die seit einiger Zeit herrschende Witterung für die Rebenblüte keinesfalls nützlich war und einer Ausbreitung der Krankheiten wie auch einem Ueberhandnehmen des Heuwurms allen Vorschub leistete. Gearbeitet wurde in den Weinbergen in letzter Zeit wieder mit allem Nachdruck.

Was ist das Wesentliche? Vor dem Kriege waren die weiblichen Handarbeiten der Stolz der deutschen Hausfrauen. Auf allen Tischen mußten Käser, auf allen Ottomanen und Sesseln Spitzendecken liegen. Das zeugte von Fleiß und solider Lebensführung. Man arbeitete selbst in den allzu reichlichen Musestunden oder ließ, wenn man überflüssiges Geld hatte, die Stickereien im Geschäft anfangen und stückelte daran herum, wenn Gäste da waren, vor denen es sich gut machte. Nun ist es keine Frage, daß eine mit schönen Handarbeiten geschmückte Wohnung den Eindruck des Behaglichen erhöht. Aber ist heute der Komfort wirklich das Wichtigste? Viele Damen glauben

es sich schuldig zu sein, auch jetzt noch die Stickeret nicht aus der Hand zu geben. Die Sünde von einst ist abet — auch hier erweist sich der Krieg als Umwerter — heute eine Unsitte. Es ist schade um den Wirt, die Woll- und die Seide, die für Überflüssiges vergeudet werden, während das Notwendigste fehlt, um Strümpfe zu stricken und die Wäsche zu stopfen. Es ist sogar dringend notwendig, daß man die fertigen Handarbeiten aufteilt und das so gewonnene Material für nützliche Zwecke verwendet. In vielen Haushaltungen hat man noch gebälte Stores und sogenannte Schoner, aus denen man gute Socken machen könnte, an denen es immer empfindlicher zu fehlen beginnt.

○ Schonende Behandlung von Paketen. In einer an sämtliche Postanstalten gerichteten Verfügung wird von dem Reichspostamt den unterstellten Dienststellen erneut die schonende Behandlung der Pakete mit lebenden Tieren, Obst, Eiern, Zigarren usw. dringend zur Pflicht gemacht. Es ist darüber zu wachen, daß die Pakete nicht geworfen, sondern von Hand zu Hand gegeben und stets so verpackt werden, daß sie nicht zur Erde fallen können und keinem Druck ausgesetzt sind.

○ Fremdenkontrolle. In Bayern wird jetzt mit der Anstellung von „Fremdenkontrolloren“ ernst gemacht. Der Kommunalverband Niesbach, der mit Tegernsee und Schliersee zu den am meisten besuchten Kurorten gehört, sucht für sofort einen energischen, unabhängigen und gut-beleumundeten Mann. Die Stellung währt bis zum 1. Oktober. Auch Garmisch sucht einen solchen Fremdenkontrollor. — In Neustadt (badischer Schwarzwald) wurden fünf Kurgäste wegen Aufkaufs von Lebensmitteln bestraft und sofort ausgewiesen. Der Kommunalverband veröffentlicht auch ihre Namen und fordert auf zum Kampf gegen das Hamstern der Fremden.

○ Der Influenzabazillus als Erreger der „spanischen Grippe“. Wie der Direktor des hygienischen Instituts der Universität Halle Professor Schürmann mitteilt, ist es ihm gelungen, bei einem Fall spanischer Grippe die schwer festzustellenden Influenzabazillen nachzuweisen. Damit ist die Ansicht zahlreicher Gelehrter widerlegt, die Senche habe mit der Influenza nichts gemein.

○ Große Schmuggelbente. Von der holländischen Grenze wird geschrieben: Ein Zollbeamter in Millingen hörte eine sechsköpfige Schmugglerbande auf. Als die Schmuggler sich entdeckt sahen, flohen sie unter Zurücklassung eines großen Schmuggeltransportes, der aus 12 000 Stück Schokolade, großen Fässern Öl und Likör, Kaffee, Butter, Fett, Seife, Schuhen, Manufakturwaren, Zigarren, Tabak u. a. bestand. In einem anderen Orte wurden 60 000 Zigarren und für 40 000 Gulden andere Waren beschlagnahmt.

○ Für die Notleidenden von Wien und Budapest. Die Wiener Blätter aus Budapest gemeldet wird, verhängte der Kriegsminister von Stöger-Steiner den Bürgermeister von Budapest, daß die Soldaten des 12. Armeekorps auf einen Teil ihrer Brot- und Fleischration zugunsten der notleidenden Bevölkerung von Budapest und Wien verzichtet haben.

○ 175 Personen ertranken. In Georgia (Illinois) ist ein Passagierdampfer im Nebel gegen das Ufer des Flusses gelaufen und umgeschlagen. Nach vorläufiger Schätzung sind 175 der darauf befindlichen Personen ertrunken.

○ Sechs Turner auf der Jugspitze verunglückt. Eine Gesellschaft von sechs Personen, die eine Besteigung der Jugspitze unternahm, ist tödlich verunglückt. Drei Leichen wurden geborgen. Unter den Verunglückten befindet sich ein Ehepaar Drechsler aus Dresden und ein Leutnant Flöcher mit seiner Frau. Die Touristen hatten die Besteigung der Jugspitze trotz schlechter Witterungsverhältnisse und eindringlicher Warnungen unternommen.

○ Ein Bromberger Hafen für den Verkehr mit Polen. Die Bromberger Stadtverordnetenversammlung beschloß den Ankauf eines umfangreichen Geländes an der Brabi für 625 000 Mark zur Erbauung eines modernen Umschlaghafens für aus Polen kommende Waren (Getreide, Futtermittel, Rohstoffe) und zur Erbauung einer Drahtseilbahn.

○ Fleischschuhe. Der Ertrag mächert. Das neueste auf diesem Gebiete dürften Fleischschuhe sein. Beim Patentsamt in Berlin hat eine Dortmunder Genossenschaft Schuhwerk aus Blech zum Patent angemeldet. Ein zweites ähnliches Patent ist von einer Firma in Ungarn beim Patentamt beantragt worden.

○ Fernbeben. Der Erdbebenanzeiger der Königsstuhl warde in Heidelberg zeigte am 4. Juli ein heftiges Fernbeben an. Die Entfernung der Erderschütterung wurde auf 12 000 Kilometer berechnet.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)

12. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Artillerie-Tätigkeit lebte am Abend auf und steigerte sich während der Nacht zu kräftigen Feuerüberfällen auf Kampfstellungen und Hintergelände. Südwestlich von Ypern und Baillieu sowie nördlich von Albert wurden stärkere Vorstöße, mehrfache Erkundungs-Abteilungen des Feindes abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne blieb die Tätigkeit der Franzosen rege. In Vorfeld-Kämpfen am Walde von Billers-Cortieret machten wir Gefangene. Westlich von Reims schlugen wir Erkundungs-Vorstöße des Feindes zurück.

Leutnant Kessel errang seinen 20. Luftsieg. Von dem gestern im Anflug auf Coblenz gemeldeten amerikanischen Geschwader fiel auch das 6. Flugzeug durch Abschuß in unsere Hand.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Berlin, 12. Juli. (WZ.) Der Hauptausschuß des Reichstags hat den Nachtragsetat betr. den Kriegskredit von 15 Milliarden Mark angenommen, gegen die Stimmen der unabh. Sozialdemokraten und bei Stimmenthaltung der Polen.

Unterredung von Reichstagsmitgliedern mit Admiral von Hinge.

Berlin, 12. Juli. (WZ.) Wie die „Postische Zeitung“ hört, fand gestern beim Stellvertreter des Reichskanzlers, Geheimrat von Payer eine Besprechung statt, bei der eine Reihe von Reichstagsmitgliedern Gelegenheit hatte, sich mit dem Admiral von Hinge auszusprechen.

Die „Postische Zeitung“ schreibt: Die politische Erregung ist im Laufe des gestrigen Tages merklich abgeklaut, ohne daß gesagt werden kann, daß sich deshalb viel geändert habe. Es gewinnt den Anschein, daß die Mehrheitsparteien des Reichstages von vornherein nicht geneigt gewesen sind, die Lage in der Weise zuzuspitzen, wie das in einem Teil der Presse erwartet und gewünscht wurde.

Die Haltung der Sozialdemokraten.

Berlin, 12. Juli. (WZ.) Nach Andeutungen aus sozialdemokratischen Kreisen wird die alte Fraktion unter Wahrung ihres Standpunktes und ihrer Forderungen aller Voraussicht nach jetzt bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum für die Kriegskredite eintreten. Die Reichstagsverhandlungen selber, so nimmt man an, werden nunmehr schnell und glatt verlaufen.

Französische Pressestimmen zum Berliner Ministerwechsel.

Genf, 12. Juli. (WZ.) Die dem Admiral Hinge gewidmeten Pariser Erörterungen bezweifelten die Berliner Versicherung, daß die allgemeine Politik Deutschlands unbeeinträchtigt geblieben sei. Clemenceaus „Homme Libre“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Zeitwort „Krieg bis zur endgültigen Entscheidung“ wieder mehr Gemeingut aller Kriegführenden geworden sei. — Nach Washingtoner Depeschen herrscht auch dort ein gleicher Eindruck. Ob auch Wilson irgendwelche Folgerungen aus dem deutschen Ministerwechsel zu ziehen gedenkt, namentlich im Hinblick auf Sibirien, sei ungewiß.

Die Wiederaufnahme des Waffenganges.

Basel, 12. Juli. (WZ.) Der „Tempo“ meldet: Die stetig sich steigende Luftaufklärung läßt auf einen neuen Sturm an der Front schließen. Von der Wiederaufnahme des Waffenganges können uns nur noch wenige Tage trennen.

Große Artillerie-Explosion in Grenoble.

Genf, 12. Juli. (WZ.) Infolge großer Berührungen in und um Grenoble durch Explosionen im Artillerie-Arsenal wurde beschlossen, alle militärischen Werkstätten dort zu schließen und die Betriebe anderweitig neu einzurichten.

Vorrücken der englischen Truppen von der Murmanküste aus.

Stockholm, 12. Juli. (WZ.) Nach einer Agentenmeldung sind die englischen Truppen nach der Befegung der Murmanküste südwärts marschiert. Sie haben Kem besetzt, wo die englischen Militärbehörden Mitglieder des Kemer Sowjets und andere offizielle Persönlichkeiten verhaften ließen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed

Anzeigen.

Reinigung der Mühlbach.

Am Montag den 15. und Dienstag den 16. d. M. wird die Mühlbach gereinigt.
Herborn, den 11. Juli 1918.

Die Polizei-Verwaltung:
Der Bürgermeister: Birken Dahl.

Bekanntmachung

betr. Verbot des Sammelns von unrcifen Haselnüssen

Das Einsammeln sowie jede Entnahme von Haselnüssen innerhalb des städtischen Orts- und Waldbereichs wird hiermit bis auf weiteres verboten.

Im Zuwiderhandlungsfall tritt Befrafung gemäß § 1 Absatz 4 des Feldsteckabstrafgesetzes ein.

Die Freiabbe wird hierseit nach eingetretener Reife bekannt gegeben.
Der Richter sowie die Feldhüter sind angewiesen, Resache Kontrolle auszuüben und jeden Fall der Zuwiderhandlung zur Anzeige zu bringen.

Herborn, den 11. Juli 1918.

Die Polizei-Verwaltung:
Der Bürgermeister: Birken Dahl.

Herborn! Auf dem Schiessplatz!

Die hier eingetroffene

Spezialitäten-Truppe veranstaltet Samstag, den 13. Juli, abends 8^{1/2} Uhr eine **Eröffnungs-Vorstellung.**

Sonntag, den 14. Juli finden 2 Vorstellungen statt, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Eine jede Vorstellung enthält ein reichhaltiges Programm.

Zum Schluß:

Besteigung des hochgespannten Lauffeils.
Preise der Plätze: 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 60 Pfg., Stehplatz 40 Pfg.

Aufruf

zur Ablieferung von Alteisen

Alles alte Eisen, sowie unbrauchbare Gegenstände, Maschinen und Geräte aus Eisen sind abzuliefern. Es dient in erster Linie zur Herstellung von

Kanonen und Granaten.

Jedermann weiß heute, was Störungsfeuer, Trommelfeuer und Sperrfeuer bedeutet und kann sich denken, welche enormen Mengen Kanonen und Granaten hergestellt werden müssen, um unsere Feinde niederzulämpfen und zum

Frieden

zu zwingen.

Eine starke Artillerie schützt unsere kämpfenden

Väter, Söhne und Brüder

vor Tod, Verwundung und Gefangenschaft, schützt unsere

Städte und Dörfer, unser Land

und unsere Zukunft

vor der Vernichtung durch feindliche Horden.

Wer

Alt-Eisen usw.

im Besitz hat, trage es zu Haus sofort zusammen.

Das Alt-Eisen wird bei Ablieferung sofort bezahlt und zwar gegen Bescheinigung am Abnahmeort.

1. Gußeisen (Maschinenguß) pro Doppelz. M. 8.—
2. Schmiedeeisen, Roste, Löpfe " " M. 4.—
3. Bleche, Bandeisen u. Draht " " M. 2.—
4. Unfortiertes Alteisen " " M. 4.—

Ausgeschliffen sind:

emaillierte oder verzinkte und verbleite Gegenstände aus Eisen, wie Löpfe, Kannen usw.

Der Königl. Landrat.

Wird hiermit veröffentlicht.
Abnahmetag: ist für hiesige Stadt, Dienstag, den 16. Juli vormittags 8 Uhr.

Abnahmestelle: Städt. Materialschuppen am Hinterland.

Die Bürgererschaft wird dringend gebeten die Sammlung nach Kräften zu unterstützen.

Herborn, den 8. Juli 1918.
Der Bürgermeister: Birken Dahl.

Hilfsdienstmeldestelle Herborn

und Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

mittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.
Dienststunden: 8—12 Uhr vorm.
3—7 Uhr nachm.

Schreiner u. Fabrikarbeiter

suchen
Gebrüder Heuendorf.

Einige Frauen

für leichte Arbeit gesucht
Dörrbetrieb Herborn
Inb: Wilh. Jahn.

Autogenschweisser Blechschlosser

Rohrschmiede
Schwarzblechklempner
und
Hilfsarbeiterinnen

werden eingestellt bei
Conrad Martin,
Sinn (Dillst.)

Kamillen, stiefrei, Kümmel

kauft
Drogerie A. Doeinck

Jungen scharfen Viehhund

vertauscht gegen älteren Hund.
Besichtigung Sonntags beim
Ziegenhirten in Niedersfeld

Gardinenfarben

bei
A. Doeinck.

Kaufe Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. f. Vermittlung.

J. Schwarz, Siegen.
Kehstraße 3 Telefon 361

Die Grasnutzung

im Obermühlweider b. Driedorf
soll Montag, den 15. Juli nachmittags 2 Uhr am Weiler verpackt werden.
Der Brautragte: Wissenbach.

Arztamt Herborn.

Herborn.

Sonntag, den 14. Juli (7. u. T.)
1/2 10 Uhr: Dr. Pfr. Weber.
Lieder: 20, 26.

Christenlehre f. die männliche Jugend der Stadt.
2 Uhr: Dr. Pfr. Contrabl.
Lied 279.

Abends 8^{1/2} Uhr: Versammlung im Vereinshaufe.

Burg:
1 Uhr: Kindergottesdienf.

Niedersfeld:
4 Uhr: Dr. Pfr. Contrabl.

Hirschberg:
2 Uhr: Dr. Pfr. Weber.
Christenlehre.

Laufen und Krautungen:
Herr Pfarrer Weber.

Mittwoch 9 Uhr abends:
Jünglingsverein im Vereinshaus.
Donnerstag 9 Uhr abends
Kriegsbesprechung i. d. Kirche.